

RW 11.06.14

Kohlekraftwerke: Quecksilber-Ausstoß belastet NRW

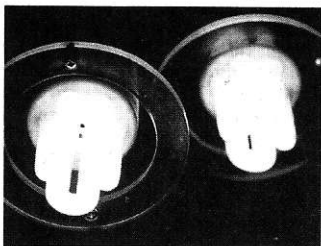
Grüne fordern Grenzwert-Senkung

DÜSSELDORF. Quecksilber ist giftig, und eine eher wenig beachtete Emissionsquelle sind Kohlekraftwerke. Laut einer Studie ist NRW besonders vom Ausstoß betroffen. Die Grünen-Landtagsfraktion in Düsseldorf forderte gestern, die Grenzwerte bundes- und europaweit deutlich zu senken und sich dabei an den USA zu orientieren. Dann könnten die Emissionen in NRW um 40 Prozent gesenkt werden, sagte die energiepolitische Sprecherin der Fraktion, Wibke Brems. Sie forderte Pilotprojekte in Kohlekraftwerken des Landes.

Quecksilber gefährde vor allem Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder, erläuterte die Biologin und Autorin der Studie, Barbara Zeschmar-Lahl. Aufgenommen werde das besonders problematische Methyl-Quecksilber hauptsächlich über die Nahrungskette – insbesondere über den Fischverzehr.

Hauptquelle Energiesektor

Von 2010 bis 2012 stammten der Studie zufolge mindestens 70 Prozent der Quecksilberemissionen bundesweit aus dem Energiesektor – hauptsächlich aus Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken. 41 Prozent davon stammten im Jahr 2012 allein aus NRW-Kraftwerken. Der öffentlich am meisten diskutierte Bereich – Quecksilber



Energiesparlampen spielen kaum eine Rolle.

FOTO DPA

in Energiesparlampen und Hausmüll – habe in der gesamten Quecksilber-Schadstoffbilanz nur geringe Bedeutung, sagte Umwelt-Experte Christian Tebert vom Hamburger Institut für Ökologie und Politik.

2012 gab es bundesweit 50 Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke mit meldepflichtigem Quecksilberausstoß – das heißt mit Jahresemissionen von mindestens zehn Kilogramm. 19 davon stehen in NRW. Die meisten hätten die deutlich niedrigeren Grenzwerte, die die USA 2012 aus Gründen des Gesundheitsschutzes eingeführt hätten, nicht eingehalten, berichtete Zeschmar-Lahl. Die Bundesregierung unternehme keine Anstrengungen, dem positiven Beispiel der USA zu folgen, sagte Brems. Dabei würden einfache chemische Verfahren zum Abscheiden des Quecksilbers den Strompreis um lediglich fünf Hundertstel Cent pro Kilowattstunde erhöhen, so Tebert. *dpa*